

der westdeutschen Bundesrepublik das längst überlebte System der kapitalistischen Ausbeutung am Leben zu erhalten.

Was hat die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiführung veranlaßt, auf die Bildung einer Regierung unter der Führung der Sozialdemokratie zu verzichten, die CDU/CSU aus ihrer politischen Krise zu retten und sich in der Gemeinsamkeit mit der Partei des Finanzkapitals zu verbrauchen? Die Ursache ist die falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der Welt und in Europa und das fehlende Vertrauen zur Arbeiterklasse und zu den demokratischen Kräften in Westdeutschland. Die SP-Minister haben sich der CDU in der nationalistischen Expansionspolitik im wesentlichen angeschlossen. Beide wollen die unüberwindbaren Widersprüche des westdeutschen Kapitalismus lösen durch Revanchepolitik und die Politik der Expansion. Dabei mögen die sozialdemokratischen Minister eine „beweglichere Taktik“ vertreten als die Herren von der CDU/CSU. Aber das ändert nichts an der Sachlage. Die SP-Minister glauben, durch ihren maßgeblichen Anteil an der Rettung der CDU-Regierung aus der politischen Krise und ihre Mitarbeit bei der Gestaltung der formierten Herrschaft des Monopolkapitals auf die spätere Dankbarkeit der Großbourgeoisie rechnen zu können, wenn die Vorherrschaft der westdeutschen Bundesrepublik in Westeuropa realisiert wird. Diese Rechnung der sozialdemokratischen Führer wird nicht aufgehen. Die Unterstützung Schumachers bei der Spaltung Deutschlands 1948/49 und bei der Ablehnung der Wiedervereinigungsvorschläge der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik von 1952 hat die westdeutsche Großbourgeoisie nicht daran gehindert, die Sozialdemokratie 17 Jahre lang von jeder Beteiligung an der Staatsmacht fernzuhalten. Jetzt können die Monopole ohne sozialdemokratische Minister ihre Politik nicht realisieren. Aber selbst in dieser Situation haben die sozialdemokratischen Minister im CDU/CSU-Kabinett nicht eine einzige Position inne, die mit realer Macht verbunden ist.

Sozialdemokratische Minister dürfen bei der Finanzreform zugunsten des Monopolkapitals maßgeblich mitwirken. Sie dürfen den Monopolen 20 Prozent Dividende garantieren. Sie dürfen sich maßgeblich am Ausbau der rechtlichen Grundlagen für eine Notstandsdictatur der Großbourgeoisie über das Volk beteiligen. Sie dürfen die imperialistische Expansionspolitik unterstützen. Ein sozialdemokratischer Minister darf versuchen, auf Kosten der Steuerzahler — also letztlich auf Kosten des arbeitenden Volkes — den in ernste Zahlungsschwierigkeiten geratenen Krupp-Konzern zu sanieren, der sich in seiner imperialistischen Expansionspolitik über-